

Lernen wir aus der Katatrophe?

Keiner weiß, wie die Welt nach Corona aussehen wird. So wie bisher kann es aber auf keinen Fall weitergehen. Man plant weiter „Einschränkungen auf vielen Ebenen“. Die Superreichen, deren Milliarden von Banken auf fernen Inseln eingesetzt werden, sind sicher nicht bei den „Einschränkungen“.

Wir schrieben schon oft: „Die Reichen werden reicher und die Armen werden mehr und ärmer.“ Wir beschrieben die Auswirkungen des Neoliberalismus und zitierten Karl Marx, der prophezeite: „Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert.“

Eiskalte Fragen

Jetzt tauchen neue Wörter auf: „Systemrelevant“. Eiskalt wird schon die Frage gestellt: Wer oder was ist es wert, aktiv unterstützt zu werden? Es wurde sogar diskutiert, ob einige tausend alte Menschen sterben sollten, damit die große Gesamtheit einer Gesellschaft überleben kann. Oder welche Opfer „akzeptabel“ sein könnten, damit die Wirtschaft nicht zu sehr geschädigt wird.

Das hatten wir schon einmal, als der Ärzte-„Präsident“ Karsten Vilmar vom „Sozialverträglichen Frühableben“ sprach und vom CDU-Bundestagsabgeordneten Philipp Mißfelder unterstützt wurde. Man darf es nicht vergessen!

Es kann nicht mehr so sein, dass Unternehmer und Lobbyisten sagen, was richtig ist.

Brecht schreibt in der „Dreigroschenoper“: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“.

Im Fernsehen sagte eine Frau, die man als Heldin geehrt hatte: „Meine Miete kann ich aber davon nicht bezahlen!“

Bezahlt die Helden ordentlich

Natürlich gehört allen, die jetzt in Krankenhäusern, Altenheimen oder an anderen Stellen des Gesundheitswesens arbeiten, unsere volle Wertschätzung.

Aber Kassiererinnen, Busfahrer, Pflegerinnen, Erzieherinnen, Krankenschwestern, Altenhelfer - und viele andere werden unmoralisch niedrig bezahlt. Damit muss jetzt endlich Schluss sein!

Wir dürfen das Gemeinwohl nicht mehr dem Kapitalismus überlassen. Gesundheit ist keine Ware!

Man wollte und will massenhaft Krankenhäuser plattmachen: „Das rechnet sich nicht!“

Wie oft hörten wir den Satz bei unserem Kreis-krankenhaus.

Jetzt sind wir heilfroh, dass wir es noch haben und helfen kann, Corona zu besiegen.

Wie wollen wir in Zukunft leben?

Die Antwort ist nicht einfach und benötigt vielfältige Sichtweisen. Wir sagen: der Kapitalismus muss überwunden werden.

Natürlich, niemand kann von sich behaupten, schon jetzt zu wissen, wie die Welt nach Corona aussehen wird.

In der „Frankfurter Rundschau“: „Es geht um die Frage, die der Neoliberalismus von den Füßen auf den Kopf gestellt hat: Wie viel Markt verträgt die Daseinsvorsorge, und wie viel Staat braucht sie? Seit Jahrzehnten handeln Politik und Kapital: So viel Markt und so wenig Staat wie möglich, lautet das Motto – es sei denn, wir haben Krise und die Steuerzahler müssen uns retten.“

Wir wissen noch nicht, wie die Katastrophe in den USA weitergeht. Aber es kann sein: „Ein verlogener Präsident wird trotzdem erneut gewählt.“

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Warum? Wer reich ist, ist einflussreich! Ermächtigt Meinung und so läuft es auch wo anders - auch bei uns.

Was geändert werden muss

Viele Wohnungen, die Bahn, viele Krankenhäuser, Strom- und Wasserversorgung, sogar Schulen und Universitäten wurden den Gesetzen des Marktes unterworfen. Mit der Folge, dass sich ein großer Teil der Gesellschaft ein Leben in guter Vorsorge nicht mehr leisten konnte und kann. Der Anteil der Privatkliniken an der Gesamtzahl der deutschen Krankenhäuser ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Zugleich wurden die stationären Einrichtungen, auch die gemeinnützigen und staatlichen, durch das System der „Fallpauschalen“ in die Diktatur der betriebswirtschaftlichen Zwänge getrieben. Jetzt melden Kliniken Kurzarbeit an, um sich so des aus ihrer Sicht überflüssigen Personals auf Staats-

kosten zu entledigen, das anderswo dringend gebraucht wird. Solange es keine gesellschaftliche Planung und Kontrolle im Gesundheitssystem gibt, werden die Krankenhauskonzerne in jedem denkbaren weiteren Verlauf der Krise ihr Handeln am Profit und gegen die Beschäftigten ausrichten.

Die Kliniken müssen zurück in die öffentliche Hand

Profit darf nicht Kriterium des Handelns sein, sondern nur der Bedarf der Gesellschaft am Gemeingut Gesundheit.

Hier ist nicht nur die Politik gefragt, sondern jede und jeder Einzelne: Will ich auch in Zukunft einfach zulassen, dass ein Teil meines Krankenkassenbeitrags in die Taschen der Aktionäre eines Krankenhaus-Konzerns fließt?

Sollte man da nicht wenigstens vor der nächsten Wahl in den Parteiprogrammen nachschauen, wer die Profitorientierung im Gesundheitswesen

befürwortet oder wer jetzt endlich handelt und sagt: Gesundheit ist keine Ware!

Wohnen - in Coronazeiten

Die Preisentwicklung am privaten Immobilienmarkt trägt heute zusätzlich zur Spaltung der Gesellschaft bei. Das spüren wir auch in unserer Stadt. In der „Frankfurter Rundschau“ lesen wir bei Stephan Hebel:

„Dass sich weitgehende Isolation auf einer Terrasse in ruhiger Umgebung besser ertragen lässt als in einer beengten Wohnung an der Hauptverkehrsstraße, liegt auf der Hand – von den vielen Wohnungslosen und anderen, fast unsichtbaren Betroffenen ganz zu schweigen.“

Nur wenn Bodenpolitik andere als finanzielle Kriterien anlegt - also das Wohnen als Gemeingut versteht -, haben sie eine Chance. Wenn Stadt, Land oder Bund schon verkaufen, muss zumindest auch die „soziale Rendite“ zählen und nicht nur der Preis. Oder der Boden wird in Erbpacht vergeben und verbleibt damit in der öffentlichen Hand. Viele Städte haben ihre Politik inzwischen, wenn auch noch zaghaft - entsprechend korrigiert.“

Warum der Kapitalismus versagt

Gesundheit und Wohnen: Die beiden Beispiele stehen für die von Kapitalinteressen geleitete Fehlentscheidung, zentrale Lebensbereiche den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen. Wer das ändern will, muss allerdings noch weiter gehen: Eine gute, öffentliche Daseinsvorsorge wird ohne Umverteilung des Reichtums nicht möglich sein.

Wer will, dass Intensivbetten vorgehalten werden, kann das nicht durch punktuelle Korrekturen erreichen. Wer will, dass Städte bei der Vergabe von Baugrund auf Höchstpreise verzichten, muss sagen, wie sie die Mindereinnahmen ausgleichen sollen.

Wir betrachten diese Ausführungen, mit Zitaten aus den Medien, als einen wichtigen ersten Diskussionsbeitrag. Denn so wie es ist, kann es und wird es nicht weitergehen!

Die Klinik in Groß-Gerau wird gebraucht!

Im November 2019 wurde bekannt: Die Kreisklinik Groß-Gerau beantragt Insolvenz.

Jetzt in den Medien: *„Kreisklinik Groß-Gerau: Aufschub für Insolvenzverfahren. Zugunsten der Covid-19-Bekämpfung gibt es drei Monate mehr Zeit für eine Neuordnung der Kreisklinik.“*

Der Kampf um den Erhalt der Kreisklinik dauert schon lange. Die Entscheidung, die Insolvenz zu beantragen, sei notwendig geworden, hieß es damals: *„weil die gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen für die Kreisklinik Groß-Gerau GmbH nur mit diesem Vorgehen beherrschbar sind“.*

Die LINKE. Offene Liste im Kreistag und die DKP sind der Meinung: die Klinik muss erhalten bleiben.

Der Landrat hält die Klinik vor allem mit Blick auf den in den südlichen Teil des Landkreises Groß-Gerau für *„bedarfsnotwendig“.*

Die neue Geschäftsführerin Raab hält die Kreisklinik *„in ihrem Kern“* für gesund. Nun soll es einen *„Insolvenz-Aufschub“* geben.

Wir meinen: Die Klinik wird gebraucht! Gerade jetzt als ein Zentrum der Kampfes gegen Corona. Aber auch danach.

Hat man in Berlin und Wiesbaden nicht begriffen, was sich ändern muss?

Wir haben eine neue Lage, wir haben neue Erkenntnisse. Die Kliniken müssen zurück in die öffentliche Hand. Profit darf nicht Kriterium des Handelns sein, sondern nur der Bedarf der Gesellschaft am Gemeingut Gesundheit.

Notwendig wäre eine Übernahme der Verbindlichkeiten durch die Bundes- und Landesregierung.

Notwendig ist die Zurückdrängung der privaten Kliniken.

Sonst wird es einmal heißen: Sie haben aus der Corona-Zeit nichts gelernt.

Weil du arm bist, musst du früher sterben

Auch nach den neuen Regierungsbeschlüssen - Corona bestimmt weiter die Schlagzeilen. Aber stimmt unsere Überschrift?

Es heißt doch dauernd: „Das Virus macht keinen Unterschied!“. Oder, „Wir sitzen alle in einem Boot!“. Dass solche Sprüche falsch sind, merkt man schon daran, dass im Grunde alle in den Massengräbern der USA verscharrten: „Schwarze, Arme, Kranke“ waren. Weitere Pressemeldungen: „Millionen Briten droht Hunger“ oder „Der stille Tod in den Vororten von Paris“ - dort wo die Armen dichtgedrängt in den Betonburgen leben.

„Wir sitzen alle in einem Boot“, kann sein - aber die einen oben und die anderen tief unten im Schiffsbauch und kommen nicht mehr heraus.

Die Schutzmaßnahmen bei uns sind zwar allgemeingültig, aber sie treffen uns auch nicht unterschiedslos.

Die da oben und die da unten

Die soziale Spaltung, die unser Land durchzieht, zeigt sich gerade auch in diesem Moment: Es ist ein Unterschied, ob die Ausgangsbegrenzung jemanden trifft, der eine geräumige Altbauwohnung oder ein Haus mit Garten hat. Oder ob sie jemanden

trifft, der mit vielen Kindern auf engstem Raum ohne Balkon lebt beziehungsweise allein in einem Pflegeheim, für das eine Besuchssperre gilt. Wir sollten auch über die Stadtgrenzen hinaus denken: Der Virus trifft auf unglaubliche Armut in vielen Ländern der Welt. In den Townships den Slums und Favelas greift der Tod zuerst nach den Armen und Obdachlosen.

Wo wir leben, haben wir Verantwortung

Auch weil bei uns die Lage nicht zu vergleichen ist mit den Elendsvierteln dieser Welt habe wir eine Verantwortung.

Wir brauchen nach wie vor eine Koordination in der Beschaffung und Produktion aller notwendigen medizinischen Materialien und Geräte. Die Corona-Lohnzuschläge müssen jetzt wirklich für alle in Krankenhäusern, Arztpraxen, Apotheken und den vielen Supermarktkassen erfolgen. Das muss ergänzt werden um einen regelmäßigen monatlichen Gehaltsaufschlag von 500 Euro für Pflegekräfte.

Sonst hat man nichts aus diesen Tagen gelernt. Sonst droht dieser Versuch einer Anerkennung der besonderen

Leistungen unterbezahlter Berufsgruppen in Zeiten von Corona zum Gegenteil zu werden: Einer Botschaft der Missachtung dessen, was die Pflegekräfte seit Jahrzehnten tagtäglich bis über ihre Belastungsgrenzen hinaus leisten.

Wer wird alles bezahlen?

Natürlich steht immer die Frage im Raum, wer letztlich all das bezahlen soll. Wir müssen aufpassen, ob nach Corona aus der Krise wirklich etwas gelernt wurde.

Deshalb sollte klar sein, dass all jene, die jetzt den Laden am Laufen halten, nicht am Ende wieder eine Sparpolitik auf ihre Kosten schlucken müssen. Dann sollten endlich jene Konzerne zahlen, die ausgerechnet in diesen Tagen 44 Milliarden Euro an Dividende auszahlen. Und es sollte zumindest das reichste Hundertstel der Bevölkerung, das ein Gesamtvermögen von netto rund 3800 Milliarden Euro besitzt, ordentlich an den Krisenkosten beteiligt werden.

Darüber muss gesprochen werden. Wir hoffen dass solche Fragen auch bei anderen örtlichen Parteien diskutiert werden.

Wir hoffen, alle lernen und handeln.

Schutzmasken für alle

Auf dem Wochenmarkt in Raunheim wurden kostenlos Schutzmasken verteilt. Das hat der Krisenstab der Stadtverwaltung entschieden. Es sei eine „großzügige Spende vom chinesischen Automobilkonzern Geely an Ärzte, Apotheken und Senioreneinrichtungen“.

Der Krisenstab der Stadt Bad Homburg hat beschlossen, alle Bürgerinnen und Bürger mit Schutzmasken zu versorgen. Das teilte die Stadt auf ihrer Website mit. Die Kosten für die Versorgung der gesamten Bad Homburger Bevölkerung liegen nach Angaben der Stadt im niedrigen sechsstelligen Bereich. Es seien be-

reits 3.500 Schutzmasken an Hausärzte verteilt worden. Dabei handele es sich um eine Spende der chinesischen Gemeinde in Bad Homburg.

Immer deutlicher wird: Die Schutzmasken helfen sehr beim Kampf gegen die Covid-19-Pandemie, viele Kommunen wurden aktiv.

Wir fragen uns, ob man im Rathaus unserer Stadt nicht darüber nachdenkt, schnellstens dem Beispiel vieler Städte zu folgen?

Die Bundesregierung wird jetzt Schutzrüstung für den Kampf gegen die Covid-19-Pandemie mit einer eigens eingerichteten „Luftbrücke“ aus China beschaffen. Im großen Stil sollen Schutzmasken, Schutzanzüge

und weitere Materialien von der Lufthansa nach Deutschland geflogen werden. Viele Wochen nach dem – absehbaren – Ausbruch der Pandemie in der BRD herrscht in Krankenhäusern und Arztpraxen sowie bei Pflegediensten eklatanter Mangel an Schutzrüstung. Wir brauchen jetzt aber schon einen wöchentlichen Corona-Test für die Beschäftigten im Gesundheitswesen und in Pflegeheimen. Dass einer der reichsten Staaten der Welt sein medizinisches Personal ohne auch nur halbwegs angemessene Schutzkleidung in den Kampf gegen eine Pandemie schickt, ist ein Ausdruck skandalösen Versagens. Deutschland hatte zunächst ein chinesisches Hilfsangebot abgewiesen. Deshalb die späte „Luftbrücke“.

Die DKP/Linke Liste, Stadtverordnetenfraktion Mörfelden-Walldorf hat Vorschläge zur Öffentlichkeit der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eingereicht

Hier heißt es u.a.:

Wir schlagen vor, die Öffentlichkeit der Verhandlungen und der Verhandlungsgegenstände des Haupt- und Finanzausschusses, der auf Grund der örtlichen Auslegung des § 51 a HGO am 23. April 2020 stellvertretend für die Stadtverordnetenversammlung als Telefonkonferenz tagen soll, durch eine, mehrere oder alle der folgenden Maßnahmen ganz oder wenigstens teilweise herzustellen:

- 1 Veröffentlichung der Beschlussvorlagen im Rats- und Bürgerinformationssystem der Stadt Mörfelden-Walldorf

- 2 Übertragung der Telefonkonferenz als Livestream im Internet. Veröffentlichung der entsprechenden Zugangsdaten auf der Homepage der Stadt Mörfelden-Walldorf.
- 3 Ausweitung der Einladung zur Teilnahme an der Telefonkonferenz auf alle Stadtverordneten und den Magistrat
- 4 Unverzögliche Veröffentlichung der Beschlüsse im „Umlaufverfahren“ unter Hinweis auf den Vorbehalt der erneuten Befassung einer späteren Stadtverordnetenversammlung.

Sollten die organisatorischen und technischen Voraussetzungen zur Verwirklichung der oben angeführten Maßnahmen nicht bis zum 23. April 2020 zur Verfügung gestellt werden können, schlagen wir ersatzweise die Verschiebung der Sitzung bis zu ihrer Bereitstellung vor.

In der Begründung heißt es u.a.:

Bei allem Verständnis dafür dass zur Vermeidung der Verbreitung von Infektionen Kontakte eingeschränkt werden, muss das „Öffentlichkeitsprinzip“ in der Kommunalpolitik auch in der derzeitigen Situation weitgehend gewahrt werden. Das sehen wir bei der Handhabung der Vorbereitung und Durchführung der „Sondersitzung“ des Haupt- und Finanzausschusses als nichtöffentliche Telefonkonferenz, die selbst die Teilnahme der Stadtverordneten ausschließt, für nicht gegeben. Wir fordern Sie deshalb auf, unsere dringenden Vorschläge zur Durchführung von „virtuellen Sitzungen“ - die zurzeit ausnahmsweise zur Vorbereitung von dringenden Beschlüssen möglich sind - aufzugreifen und die Beratungen so öffentlich wie möglich zu gestalten.

Die gesamte Initiative ist nachlesbar auf der Webseite: www.dkp-mw.de

Arme sind Verlierer

Wir leben, wie es immer heißt, in einem „reichen Land“ - aber in sozialer Hinsicht sind Arme, Bedürftige und Benachteiligte die Hauptleidtragenden der Pandemie. Da die Lebensmitteltafeln, an denen sonst 1,65 Millionen Menschen regelmäßig mit Nahrung versorgt werden, und Suppenküchen meist geschlossen sind, haben diese am Monatsende oft nichts mehr zu essen.

Im Kreis Groß-Gerau und in unserer Stadt hat sich 2017 ein gemeinnütziger Verein zur Rettung und Verteilung von Lebensmitteln etabliert.

EfA Essen für Alle

Die ehrenamtlichen Helfer von „EfA - Essen für Alle“ beliefern mit weiteren Unterstützern nicht mobile ältere Menschen mit Obst, Gemüse und Backwaren.

Kontakt für Mörfelden/Walldorf:
www.essen-fuer-alle.org
Tel. 0176 96631315



Lebensmittel verteilen die ehrenamtlichen Helfer des Vereins Essen für Alle (EfA) an Bedürftige auf dem Kirchplatz in Walldorf.

Unterstützt wird die Auslieferung in Mörfelden-Walldorf u.a. von: Dietmar Treber (Stadtverordneter DKP/Linke Liste) mit 11 Helfern Maximilian Gegenheimer (JUSO-Vorsitzender MöWa) mit 13 Helfern Jugendorganisation der Ahmadiyya

Essen für Alle (EfA) ist ein Verein zur Rettung und Verteilung von Lebensmitteln. Die ehrenamtlichen Helfer von EfA holen unverkäufliche, abgeschriebene Lebensmittel in Geschäften ab und geben diese nahezu komplett an soziale Einrichtungen,

wie den Kinderschutzbund, sowie Alleinerziehende und an ältere Menschen, besonders Frauen. Ziel ist es, möglichst alle Lebensmittel zu verwerten und nichts wegzuworfen. EfA versteht sich als Ergänzung zur Tafel. Bei EfA muss niemand einen Schein zum Nachweis der Bedürftigkeit vorlegen. EfA holt an den Tagen in den Märkten ab, an denen die Tafel nicht abholt und was sonst weggeworfen werden würde. Der Verein sucht dringend weitere motorisierte Helfer für die Ausgabe sowie für die Abholung von Lebensmitteln.



Aus der Erklärung
Netzwerk Friedenskooperative
Network of the
German Peace Movement

Abrüsten und Ende der Kriege bleibt das Ziel der Friedensbewegung

Ostermärsche gehören zur politischen Kultur im Lande. Die Basisinitiativen der Friedensbewegung trugen trotz der Corona bedingten Verbote ihre Forderungen vielfältig in die Öffentlichkeit. Neben der Reduzierung der Rüstungsausgaben, der Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, dem Stopp aller Waffenexporte, dem Verbot von Atomwaffen ging es um eine glaubwürdige Entspannungspolitik gegenüber Russland. Die Aktionsformen entwickelten sich spontan; so durch selbst gefertigte Banner und Plakate oder bunte Friedens-Fahnen aus den Wohnungen, Autos, Fahrrä-



**Wenn du mit uns zu
Veranstaltungen
fahren willst oder mit uns
diskutieren und feiern
möchtest, schreib uns!**

**Auf [facebook.com/DKP](https://www.facebook.com/DKP)
LinkeListe/**

dern und bei Spaziergängen und in Nachbarschaftsbriefen.

Unter Strafandrohungen wurden Ostermarschinitiativen aufgefordert, ihre Forderungen hintanzustellen.

Doch, wer hat die Defizite im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Infrastruktur, wie auch in der Bereitstellung von Medikamenten zu verantworten. Profit ging vor Menschenleben durch Abbau und Privatisierung der Gesundheitssysteme. Damit müsse Schluss sein.

In vielen Postern, Bildern und Videoaufnahmen wurde auf die Gefahr verwiesen, die restriktive Situation über die Ostertage als Übung für einen dauerhaften Ausnahmezustand auszubauen. Beschränkungen der Bürgerrechte dürfen nicht hingenommen werden.

Die Aktiven der Ostermarschbewegung werden sich gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen sowie Schüler- und Studierendeninitiativen im Herbst dafür einsetzen, dass die Krisen bedingten Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte wieder aufgehoben werden. Abrüstung bleibt die zentrale Forderung der Friedensbewegung. Das „weiter so“ mit Krieg und Militarisierung muss beendet werden, forderten die Friedensaktivisten.

Die Forderung von UN-Generalsekretär Guterres zu einem „sofortigen weltweiten Waffenstillstand.“ müsse jetzt realisiert, die Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen jetzt beendet und die Rüstungsexporte sofort verboten werden. „Die nächsten Aktionen der Friedensbewegung und der Ostermarsch des Jahres 2021 müssen entschieden gegen die weitere Militarisierung der Gesellschaft, für internationale Kooperation und Solidarität mobilisieren“, sagt der Sprecher des Frankfurter Ostermarschbüros, Willi van Ooyen.

Eine Petition der Vernunft

DKP fordert:

Weg mit den Sanktionen

In einer Petition schreibt die DKP u.a.

Wir sagen: Stellt die Zwangsmaßnahmen gegen Iran, Syrien, Russland, Kuba und Venezuela ein! Es ist ein Ruf der Vernunft, weil der Austausch von medizinischen Geräten, Schutzkleidung, Medikamenten und Forschungsergebnissen im Kampf gegen das Virus lebensrettend sind. Es ist ein Ruf der Menschlichkeit, weil die Sanktionen in erster Linie die Ärmsten der Armen treffen, erst recht in einer Krise wie dieser. ... Die Bundesregierung verweigert die enge Zusammenarbeit mit China, schlägt Hilfsangebote aus und diffamiert kubanische Ärzte. ...

Die USA haben den ökonomischen Druck auf Venezuela verstärkt und Kriegsschiffe losgeschickt. Für den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell sind Sanktionen „unverzichtbar“ im Kampf gegen „Brüche des Völkerrechts“, „Menschenrechtsverletzungen“ und „Störer von Friedensprozessen“. Die Bundesregierung lehnte zuletzt die Aufhebung der mörderischen Sanktionen gegen Syrien strikt ab.

Damit stellen sie sich gegen UN-Generalsekretär António Guterres und gegen die übergroße Mehrheit der Staaten. Guterres hatte angesichts der Coronakrise Ende März verlangt, die Sanktionen auszusetzen. Russland unterstützte ihn mit einer entsprechenden Resolution. Auch China und die „Gruppe der 77“ forderten das Ende ökonomischer Zwangsmaßnahmen. Der „Gruppe der 77“ gehören heute 134 sogenannte Schwellen- und Entwicklungsländer an. Sie repräsentieren rund 80 Prozent der Weltbevölkerung. Auf Initiative der Kommunistischen Partei Chinas sprachen sich über 230 politische Parteien aus mehr als 100 Ländern – darunter die DKP – für eine engere internationale Zusammenarbeit und ein Ende der Sanktionen aus.

In Deutschland hat die DKP eine entsprechende Petition an die Bundesregierung gestartet.

Esther Bejarano VVN-BdA hat eine Petition an Angela Merkel gestartet.



Ich überlebte als Mitglied des „Mädchenorchesters“ das deutsche Vernichtungslager Auschwitz und konnte vor 75 Jahren auf dem Todesmarsch der Häftlinge des KZ-Ravensbrück der SS entkommen. Ich bin Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V und Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Ich fordere:

Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Dies schrieb ich in einem offenen Brief am 26. Januar 2020, „an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen“.

Die militärische Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten, Partisan*innen und Widerstandskämpfer*innen als Befreiung zu begreifen, bedeutet die richtigen Schlüsse zu ziehen und auch so zu handeln. Es ist nicht hinnehmbar, dass 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen und in immer rascherer Folge Mord auf Mord folgt.

Die Lehren des 8. Mai umzusetzen, bedeutet für uns:

- AfD, NPD und ihre Verbündeten aufzuhalten,
- das Treiben gewalttätiger und mordender Neonazis zu unterbinden, ihre Netzwerke in Polizei, Bundeswehr aufzudecken und aufzulösen,
- einzugreifen, wenn Jüdinnen und Juden, Muslime, Roma und Sinti und andere, die nicht in das Weltbild von Nazis passen, beleidigt und angegriffen werden,
- Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen,
- die Logik des Militärischen zu durchbrechen und Waffenexporte zu verhindern und
- die Diffamierung und Behinderung demokratischer und antifaschistischer Gruppen und Organisationen durch Geheimdienste und Finanzämter zu beenden.

Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen nicht. Es muss gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung.

75 Jahre Befreiung vom Faschismus

Vor 75 Jahren wurde Deutschland vom Hitler-Faschismus befreit. Die Sowjetunion trug die Hauptlast. Sie beklagte über 40 Millionen Opfer. Heute erleben wir erneut, dass Russland ständig in unseren Medien zum Feind erklärt wird. Der Kalte Krieg wächst, es gibt Nato-Manöver direkt an der Grenze Russlands.

Matthias Platzeck, ein bekannter und wichtiger SPD-Politiker, hält in seinem neuen Buch bessere Beziehungen zu Moskau für dringend geboten. Er meint: *„Ich beschäftige mich seit vielen Jahren mit unserem Verhältnis zu diesem großen Land und beobachte eine ständige Verschlechterung. Manche sprechen mittlerweile von einem Scherbenhaufen. Außerdem hören sich die Stimmen, die die Lage heute für explosiver halten als im Kalten Krieg. Es gibt also genug Gründe. Außerdem habe meinen Kindern und Enkeln versprochen, einen kleinen Mosaikstein dazu beizutragen, dass sie hoffentlich – genau wie ich – das Glück haben werden, im Frieden aufzuwachsen und alt zu werden.“*

Eine Entwicklung wie die aktuelle war nach der politischen Wende vor 30 Jahren so nicht absehbar.“

Zunächst waren ja die Blicke der deutschen Politik auf Russland jahrelang recht freundlich.

„Ja, solange Russland so schwach war, dass es nur mit sich selbst befasst war und eigene Interessen nicht formulieren konnte.... Da ist inzwischen einiges anders geworden.“

Da wir den Wunsch Russlands nach der Einbindung in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur nicht aufgenommen haben, ist man in Moskau einen Weg gegangen, der uns heute viele Sorgen macht. Allerdings würde ich mir von Russland als dem großen Nachbarn mehr Bemühungen um einen Wiederaufbau des gegenseitigen Vertrauens wünschen. Übrigens, nicht nur am Rande: Die Rüstungsausgaben der USA sind etwa elf Mal so hoch wie die der Russen.“



KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

„Reset-Taste“

Jetzt ist die Möglichkeit da, die „Reset-Taste“ zu drücken und einen Luftverkehr aufzubauen, der den unvermeidbaren geschäftlichen und touristischen Reiseverkehr abdeckt. Unerwartet schnell hat sich gezeigt, wie geschäftliche Meetings durch Videokonferenzen ersetzt werden können. Exzesse wie Flüge zu Ballermann-Saufgelagen oder zum Weihnachts-Shopping nach New York gehören der Vergangenheit an.

Zu den Kernforderungen der Flughafenenerweiterungs-Gegner zählen u.a. die Reduzierung der Flugbewegungen und das Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Jetzt können diese Ziele konkreter werden. Der Frankfurter Flughafen kann in einer Dimension gestaltet werden, die für Mensch und Umwelt verträglich ist.



Auch das gehört zum Thema „Corona - was lernen wir daraus?“ Viele haben Ostern erlebt, ohne Fluglärm. Über uns blauer Himmel.

Fraport ein großer Flugzeug-Parkplatz. Terminal 2 geschlossen. Flugverkehr fast null. Notwendige Flüge meist Frachtflüge. Endlich mal wieder Nachts bei offenem Fenster schlafen. Fachleute schrieben: „Gesundheitsgefährlicher Feinstaub total reduziert.“ Wissenschaftler mahnen: „Wir müssen künftig anders leben“. Man spricht von „weniger Urlaub in fernen Ländern“.

Aber am Terminal 3 wird zügig weitergebaut. Fraport träumt weiter von „Billigfliegern“, „Flüge nach New York zum Shoppen“ und anderen „tollen Angeboten“.



Der „blickpunkt“ gehört zu unserer Stadt. Das sagen uns viele Leute. Aber dann kommt immer wieder Frage: Werden wir es schaffen jeden Monat acht Seiten zu produzieren und über 15.000 Exemplare zu verteilen?

Immer wieder merken wir auch: Die Zeit rast und oft können wir nur nachträglich die Ereignisse kommentieren. Deshalb versuchen wir auch auf unserer Webseite (www.dkp-mw.de) möglichst oft ein „blickpunkt-EXTRA“ zu stellen. Aber er soll nicht die Papierform ersetzen. Denn in jedem Monat wollen wir auch die Zeitung vor den Rathäusern bei einem Info-Stand verteilen, um mit „den Leuten zu reden“.

Das wurde in der jetzigen Corona-Zeit schwierig. Deshalb kamen wir auf die Idee mit der „blickpunkt“-Selbstbedienung. Die Sache lief gut - die Gespräche aber fehlen uns. Wir freuen uns über die Mitarbeit in jeder Form.

Wir bedanken uns für die großen und kleinen Spenden, die wir für den „blickpunkt“ erhalten haben!

Das Spenden-Konto: Kreissparkasse GG IBAN DE37508525530009003419

Doppelte Herausforderung: Erde und Menschen mit „Fieber“

Wie stark die Corona-Krise „Fridays for Future“ dauerhaft beeinflusst, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Die Aktivisten organisieren nun im Netz Protest, Diskussions- und Bildungsangebote.

Vor uns allen steht die doppelte Herausforderung: Erde und Menschen haben „Fieber“.

Die Klimakrise steht nicht still! Und: Sowohl bei der Corona-Pandemie als auch beim „fiebrigen Planeten“ geht es darum, die Kurve abzuflachen, Menschenleben zu retten.

Viele Aktivisten machen deutlich, dass Corona ihre Sorge um das Klima und soziale Gerechtigkeit nicht verdrängt. Nach mehreren trockenen Sommern stirbt bei uns der Wald, in Australien sterben die Korallenriffe.

Diese Entwicklung muss aufrütteln! Notwendig bleibt die Solidarität mit den „Schwächsten“: Menschen, bedroht von Hunger, Umweltzerstörung, Luftverschmutzung und zahlreichen neuen Krankheiten.

Stadtgeschichten



Demonstration durch Osthofen in den 1970er Jahren. Auf dem Foto u.a. Peter Passet aus Walldorf in seinem KZ-Mantel. Viele Jahre war er u.a. in den KZ Dachau und Mauthausen inhaftiert. Bei der Demo forderten u.a. frühere Insassen eine Gedenktafel am ehem. KZ Osthofen. 1978 wurde die Erinnerungstafel an der Außenmauer angebracht. Gegen starke Widerstände konnte dies die Lagergemeinschaft der ehemaligen Häftlinge durchsetzen. Im Mai 2004 wurde dann die heutige Gedenkstätte das NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz offiziell eröffnet. Der aus Mainz stammenden Schriftstellerin Anna Seghers diente Osthofen und die Flucht eines Mainzer Häftlings von dort als Anregung für ihren weltbekannten Roman „Das siebte Kreuz“. Das Buch wurde 1944 in den USA verfilmt. Spencer Tracy spielte die Hauptrolle, eine Nebenrolle Helene Weigel, die Ehefrau von Bertolt Brecht. Das KZ Osthofen im gleichnamigen Ort bei Worms gehörte zu den frühesten Konzentrationslagern der Nazis. Im Fokus standen damals vor allem die Kommunisten, von denen die Nazis den entschiedensten Widerstand zu erwarten hatten. Einen genauen Überblick über die Inhaftierten gibt es mangels fehlender Haftbücher nicht. Aus Mörfelden und Walldorf sind die Namen von 25 Personen bekannt, die im KZ Osthofen gesessen haben, die tatsächliche Zahl dürfte aber wesentlich höher sein. Wir erinnern an Osthofen - 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus.

**Veranstaltungen
im Kulturbahnhof Mörfelden**

KuBa



Das Programm ist gestrichen bzw. wird später nachgeholt.

Hallo liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung!

Wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ helfen, durch Mitarbeit und Informationen. Wir freuen uns über alte und neue Fotos. Wir brauchen auch weiter Ihre finanzielle Unterstützung. Wer bei der Herstellung des „blickpunkt“-Layouts helfen möchte, kann sich melden. Telefon 22362 - Mail: blickpunkt@dkp-mw.de

Unser Lexikon

Schbrisch

Wann de zum Doggder
geest,
unn kimmsd eraus,
unn es fehld der nix,
iss de Doggder krank.